

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-59117](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-59117)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Wöchentlich erscheinen zwei Nummern in $\frac{1}{2}$ Bogen. Der Vorauszahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

V. Jahrgang.

Dienstag, den 2. Mai 1848.

N^o 35.

Wahlfähigkeit.

Da der Zusammentritt der sog. „erfahrenen Männer“ in unsrer Residenz bereits stattgefunden hat, und als der Zweck dieses Zusammentretens namentlich die Verathung und Feststellung eines Wahlgesezes hervorgehoben wird, so dürfte es, obgleich dies Thema schon von vielen Seiten besprochen wurde, dennoch nicht überflüssig sein, dasselbe nochmals zu berühren.

Die beiden Hauptfragen, welche sich über diesen Gegenstand herausstellen, sind kurz folgende:

1) Wie weit ist die Wahlfähigkeit auszudehnen? und

2) Sind directe oder indirecte Wahlen vorzuziehen?

Die erste dieser beiden Fragen wollen wir hier zunächst beantworten.

Die wahre Freiheit des Staates besteht in dem in Gesetzen und gesellschaftlichen Einrichtungen verwirklichten Gesamtwillen eines Volkes. Dieser Gesamtwille ist aber nur dann wahrer Gesamtwille, wenn er als der Wille aller Klassen der Gesellschaft hervortritt. Wo nur der Wille einzelner Klassen eine Anerkennung findet, da kann von einem Gesamtwillen nicht die Rede sein.

Der Gesamtwille eines Volkes erlangt nun seine Anerkennung im Staate dadurch, daß jede Klasse der Staatsbürger gesetzlich befugt ist, Männer, die ihr Vertrauen besitzen, zu ihren Stellvertretern in der Ständekammer vorzuschlagen, oder denselben ihre Stimme zu geben. Auf diese Weise ist für eine jede Klasse von Staatsbürgern die gleiche Möglichkeit vorhanden, ihrem Willen einen Ausdruck zu verschaffen. Werden dagegen gewisse Klassen von Staatsbürgern von vorn herein für wahlunberechtigt erklärt, so wird ihnen damit die Verwirklichung ihres Willens unmöglich gemacht, ihr Wille wird ausdrücklich nicht anerkannt, nicht respectirt, die menschliche Freiheit wird durch Vor-

urtheile negirt und geknechtet. Das aber ist ein trauriges Loos, eine Ungerechtigkeit gegen unsre Mitbürger, die wir nicht verantworten können! Nein, die Wahlfähigkeit muß unbeschränkt, weder durch Stand noch Vermögen bedingt sein. Daß gewisse Klassen der Staatsbürger keine Abgaben und Steuern an den Staat zahlen (Unvermögende) oder sich sogar noch von der Gesellschaft unterhalten lassen (Arme), dieser Umstand giebt uns noch durchaus kein Recht, die Freiheit des menschlichen Willens dieser Klassen in Bezug auf die staatlichen Verhältnisse zu negiren und in den Staub zu treten.

Man hat gesagt: die Armen hätten kein Interesse am Staate. Wir möchten lieber sagen: die Unwissenden und Philister haben kein Interesse am Staate. Nun, es ist zwar Thatsache, daß die Unwissenheit namentlich in den untersten Klassen ihr Domicil hat, aber die Thatsache ist keine nothwendige, d. h. mit dem Mangel an Vermögen und der Armuth ist nicht nothwendig die Unwissenheit verbunden. Es könnte also anders sein, und es muß und wird auch anders werden; der Staat hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß auch die Unvermögenden und Armen einer genügenden Bildung theilhaftig werden. Zur Erlangung dieser Bildung ist nun aber außer der Schule gerade die Wahlfähigkeit eins der besten und wirksamsten Mittel. Dies letztere Bildungsmittel kann nicht leicht zu hoch ange schlagen werden, es ist der mächtigste Hebel des Volksbewußtseins und der Sittlichkeit, was näher zu begründen hier zu weit führen würde. Wenn nun aber nach dem Obigen die Theilnahme an der Entwicklung der staatlichen Verhältnisse von so erheblichem Einfluß auf die politische und sittliche Bildung der Staatsbürger ist, und den untersten Klassen gerade diese Bildung am meisten abgeht, so stellt sich die dringende Forderung heraus, auch in diesen Klassen

der Staatsbürger jene Bildung zu fördern und das Interesse am Staate, wenn es nach der Behauptung vieler so ganz fehlt, durch Theilnahme an den Wahlen der Volksvertreter zu wecken und zu beleben.

Es bleibt uns nun noch ein Hauptpunkt zu besprechen. Man hat nämlich gesagt: die Wahlfähigkeit der Unvermögenden und Armen könne staatsgefährlich werden, insofern diese Klassen Leute ihres Gleichen zu Vertretern wählten und durchbrächten. Dies ist allerdings wahr; aber so viel Takt und gesunden Sinn muß man doch auch unter den jetzigen Verhältnissen den Unvermögenden und Armen zutrauen, daß sie nur für solche Individuen ihre Stimme abgeben, die durch ihre gediegenen Kenntnisse und Einsicht als dazu befähigt bekannt sind. Daß ein gewöhnlicher Arbeiter und Tagelöhner nicht im Stande ist, das Staatsgebäude aufzurichten und zu erhalten, werden sie ohne Zweifel selbst wissen und einsehen. Die Furcht also, die Wahlfähigkeit jener Klassen möchte dem Staate gefährlich werden, scheint uns eines triftigen Grundes durchaus zu entbehren; dagegen halten wir die gesetzliche Ausschließung dieser Klassen von der Wahl für weit gefährlicher. Auch die unteren Klassen fangen allmählig an sich zu fühlen, sich ihrer Menschenrechte bewußt zu werden, und wehe der Gesellschaft, die sie nicht anerkennt und zurückstößt! Was ihnen auf friedlichem Wege nicht zu Theil ward, werden sie sich bald durch ihre physische Kraft zu erzwingen wissen. Schon fangen sie an leise zu ahnen, daß auch sie Staatsbürger sind und daß jeder Staatsbürger das Recht hat, wenigstens mittelbar an der Entwicklung des Staates Theil zu haben. Darum noch einmal: Weg mit allen Vorurtheilen und engherzigen Rücksichten; ein jeder Staatsbürger, der ein gewisses Alter erreicht hat, seinen Verstand besitzt und keines Verbrechens beschuldigt ist, sei wahlfähig.

Was nun ferner noch die zweite Frage betrifft: ob directe oder indirecte Wahlen vorzuziehen seien, so ist darüber Folgendes zu sagen:

Die indirecten Wahlen haben freilich den Vorzug, daß sich die Stimmen bei denselben nicht so sehr zersplittern, als bei den directen Wahlen, aber daß dieser Vorzug von so großer Bedeutung wäre, vermögen wir nicht einzusehen. Diejenigen Männer, welche das allgemeine Vertrauen besitzen, werden gewiß auch bei der directen Wahl gewählt werden, und das genügt. Darauf, daß die Gewählten recht viele Stimmen haben, kommt es ja durchaus nicht an; genug, daß sie die meisten Stimmen zählen und damit zu Vertretern

berufen sind. Für die directen Wahlen spricht aber namentlich die damit verbundene regere Theilnahme an den Wahlen, die eine ebenfalls regere Theilnahme an den Kammerverhandlungen und an der Entwicklung der staatlichen Verhältnisse voraussetzen läßt. Selbst die Vertreter des Volkes vorzuschlagen und durchzubringen, ist unzweifelhaft von weit größerem Interesse, als diesen Act durch Wahlmänner vorzuziehen zu lassen. Und wer steht denn dafür, daß die Wahlmänner nicht Individuen zu Volksvertretern wählen, von denen die Wähler überzeugt sind, daß sie nicht zu den Qualifitertesten zu diesem Berufe gehören? Nein, die indirecten doppelten Wahlen sind dem Geiste der Zeit nicht mehr angemessen, sie tragen zu sichtbar noch die alte deutsche Engherzigkeit und Weitläufigkeit an der Stirne. Die directen Wahlen dagegen erscheinen nicht allein als die einfachsten und natürlichsten, sondern sie fördern auch die Theilnahme am Staate, die politische Bildung und ein lebendiges Volksleben in weit höherem Grade, als die indirecten Wahlen. 19.

Verdächtigung?

In Nr. 50 der Oldenburgischen Anzeigen steht unter den vermischten Nachrichten folgender, gegen uns gerichteter Ausruf, Protest oder was es sein soll:

„Zwischenahn. Ein Correspondent des Beobachters sucht Räder als Abgeordneten nach Frankfurt zu verdächtigen. Ich fühle mich als einer, dem das Wohl des Vaterlandes gewiß am Herzen liegt, verpflichtet, dagegen zu protestiren. Räder kenne ich Jahre lang als einen Mann, den Jeder achten und ehren muß und der sich länger als wahrer Volksfreund bewährte — als mancher der jetzt so auffallend hervortritt. Möge derjenige, der Räder verdächtigt, sich nennen, ich nenne mich
Brader.“

In Gottes Namen mag Herr Brader sich Brader nennen, das kann uns aber nicht bewegen, auch unsern Namen öffentlich zu nennen; wir halten das im höchsten Grade für überflüssig. Herr Brader ist sich über die Bedeutung des Wortes „verdächtigen“ nicht klar, sonst würde er seinen Protest in der Feder behalten haben und nicht selbst in den Fehler verfallen sein, dessen er uns ungerechterweise zeihet. Wie kann es auch eine Verdächtigung sein, wenn, gestützt auf Thatfachen, die allmänniglich durch die Zeitungen bekannt, wir den Schluß zogen, daß Räder, unter den jetzigen

Zeitverhältnissen und Anforderungen uns nicht entschließen, nicht freisinnig genug erscheine? Damit ist ja Rüder nicht als Person, sondern als Mitglied des Parlaments angegriffen. Kann denn der Herr Brader das gar nicht trennen? Wir wollen und können gerne einräumen, daß Rüder ein Mann ist, der Achtung verdient, und dem das Wohl des Volkes am Herzen liegt — wir kennen Rüder ziemlich genau; — allein damit ist noch nicht eingeräumt, daß Rüder als Parlamentsmitglied unter den jetzigen Umständen wünschenswerth erscheint. Zwischen dem Liberalismus vor einem halben Jahr und dem heutigen liegt die Kluft eines Jahrhunderts. Wer damals für einen Ultra galt, sieht den jetzigen Zeitanforderungen als ein Conservativer gegenüber. Und das glauben wir, ist mit Rüder der Fall; sein ganzes Auftreten im Vorparlament rechtfertigt diesen Glauben. Da nun im Vorparlament das conservative Princip schon so überreichlich vertreten war — daß selbst von der conservativen Partei die Aeußerung ausgegangen ist: es sei zu bedauern, daß die radicale Partei die Versammlung zum größten Theil mit ihren Coryphäen verlassen — da sie, wenn gleich in der Minorität, durch ihre Entschiedenheit, Energie und Beredsamkeit — manches durchgesetzt habe, was sonst nicht durchgesetzt, — und ohne sie vielleicht nicht einmal ein permanenter Ausschuß erwählt worden wäre — so fürchteten wir, namentlich nach den unglücklichen Ereignissen in Baden, mit Recht, daß in dem jetzt zusammen kommenden Parlamente die conservative Partei noch größer, als im Vorparlamente sich herausstellen würde. Aus diesem Grunde hielten wir uns verpflichtet, gegen die Wahl eines Conservativen zu sprechen. — Wir thaten dies auf eine Weise, die Rüders Person und Charakter ganz aus dem Spiele ließ, und nur sein Auftreten in Frankfurt angriff. Das wird jeder Unbefangene gewiß auch gefunden haben — ausgenommen Herr Brader, der, um zu verdächtigen, uns der Verdächtigung geist. Zu verdächtigen sucht uns Herr Brader, indem er sagt: Rüder hat sich länger als wahrer Volksfreund gezeigt, als mancher, der jetzt so auffallend hervortritt. Hierauf antworten wir: es ist unsere Sache gar nicht, auffallend hervorzutreten, wir vermeiden es, wo wir nur können — und nur aus diesem Grunde haben wir unsern Artikel im Beobachter nicht unterzeichnet; wir hielten die Namensunterschrift, da wir uns auf Thatsachen beriefen, für eben so überflüssig, als wir die Protestation des Herrn Brader für überflüssig halten, eben weil diese Protestation nicht gegen die Thatsache, sondern nur gegen eine Absicht gerichtet ist, die

der Artikel nicht enthält — sondern nur von Herrn Brader herausgesehen wird. Was nun den Punct des Patriotismus betrifft, den Herr Brader so oft berührt, so erklären wir — daß wir das nur in stillen, geräuschlosen, aber energischen Worten für das Wohl des Volkes — in der Selbstverleugnung, die zu jedem Opfer bereit ist, in der Ertdüftung jeglicher Regung der Eitelkeit, nicht aber in dem Ausruf: ich bin ein Patriot! — das wahre Wesen eines Patrioten finden können. —

Wenn Herr Brader glaubt und es verblümt ausspricht, als wollten wir uns nur hervorthun, um vielleicht an die Spitze des Volks zu gelangen, so versichern wir auf Mannes Wort, daß uns solche Gedanken nie gekommen sind; — wir versichern auf Mannes Wort, daß, im Falle die Wahl auf uns, als Abgeordneten zur Verathung des Grundgesetzes gefallen wäre, wir als wahrhafter Patriot erklärt hätten — nicht fähig zu sein, die wichtige Mission zu übernehmen und zu erfüllen, sondern willig einem Befähigteren den Platz räumen wollten. —

Die Redaction des Beobachters ist autorisirt, auf Verlangen dem Herrn Brader unsern Namen zu nennen. †.

Vom Laude.

„Ich arbeite vor den Hof und stimme gegen eine Constitution.“

Aus: Der politische Spießbürger — Lustspiel mit Blamage. —

Ueber die in Nr. 34 der „Neuen Blätter“ erschienene Anklage oder besser — Verleumdung der Zeveraner — über die maßlose Frechheit des namenlosen Anklägers, an das Volk zu appelliren, herrschte Anfangs dach hier nur eine Stimme der Entrüstung; als man aber den Artikel näher durchging, erdörte und seiner kindischen Haltlosigkeit inne ward, löste sich die Entrüstung in ein wohlthuendes Gelächter auf; das kann, so hieß es, nur Einer der 40 pommerschen-aldenburgischen Ritter oder auch der 41ste derselben, der Proletarier Harms geschrieben haben! Ich meiner Seits stimmte für den Letzteren — da ich im Style so wie in der politischen Ansicht des namenlosen Anklägers eine wunderbare Wahlverwandtschaft mit der Ansicht und mit dem Style des Proletarier Harms fand, wie solches deutlich aus dem von ihm an den Kaufmann Eden gerichteten Schreiben hervorgeht. —

Ich glaube nicht, daß die Zeveraner es der Mühe werth halten, auf eine solche Anklage zu antworten;

— denn die Anklage klagt sich selbst der Erbärmlichkeit an — sondern ruhig fortzufahren werden, auf dem Wege des Rechts, der Offenheit, der Entschiedenheit und Wahrheit — vereint mit den übrigen Landesstheilen das Recht und die Wahrheit zu erkämpfen — und hoffe von ihrem tüchtigen Sinn, daß sie den Haß der Rückschrittlern, die keine Constitution wollen, weil sie „vor den Hof arbeiten“, als eine ehrende Anerkennung ihres patriotischen Strebens betrachten werden. Es wird übrigens noch heute — 27. April — wo unsere Abgeordnete sich in Oldenburg versammeln, den Rückschrittlern klar werden — daß Jeveerland nicht allein steht — sondern vereint mit dem ganzen Lande nur einem Ziele zustrebt. — †

Zur Nachricht für das Publikum.

In Nr. 33 des Beobachters befindet sich ein gegen mich gerichteter Artikel, der durch seine Schmähungen und niedrigen Ausdrücke, wovon er wimmelt, hinlänglich seinen Ursprung dokumentirt. Der einzig mögliche Verfasser desselben ist der allbekannte Lehrer Meyer zu Stollhammerwisch, dessen Schmähungen nur Ehre bringen können, und deshalb wird das Publikum mit einer Entgegnung des Libells hoffentlich gern erlassen. Ich erkläre mich für besetzt und räume willig das Feld.

W e l l m a n n.

Unsere Abgeordneten

haben ihre Sitzungen bereits am Donnerstag den 27. April begonnen, es ist uns aber bis heute, den 1. Mai, noch kein Protocoll derselben zu Gesicht gekommen. Nun, aller Anfang ist schwer, wir müssen nur Geduld haben. — Eingefunden hatten sich alle Abgeordnete, bis auf den des Amtes Oberstein, den Anwalt Schmidt in Oberstein, der weder selbst, noch sein Ersagmann, der Schöffe Voß in Idar, erschienen war.

Die Abgeordneten des Fürstenthums Lüneburg sind:

Stadt Gutin: Hofrath Böckers jun. aus Gutin.

„ „ Anwalt Lindemann aus Gutin.

„ Schwartau: Amtsassessor Mann aus Schwartau.

Des Fürstenthums Birkenfeld:

„ Amt Birkenfeld: Bürgermeister Noell aus Niederbrömbach.

„ Nohfelden: Pfarrer Lyncker aus Nohfelden.

„ Oberstein: Anwalt Schmidt aus Oberstein.

Die Abgeordneten des Herzogthums Oldenburg sind schon in Nr. 27 des Beobachters aufgeführt.

Die Landesberliche Commission besteht aus dem Geh. Referendar Hofrath Zedelius, Hofrath Krell, Reg.-Assessor v. Berg und dem Reg.-Secretaire Strackerjan.

Der Hofrath Zedelius eröffnete die erste Sitzung mit einer kurzen Rede, welche die Protocolle uns wohl bringen werden, worauf die Versammlung den Abgeordneten Böckers zu ihrem Vorstande erwählte.

So viel bekannt ist, wurde gleich von vornherein die Berathung des im Druck erschienenen „Entwurf des

Grundgesetzes“ einstimmig abgelehnt; dagegen der von dem Abgeordneten Mülling aus Jeve gestellte Antrag auf Offenheit der Sitzungen einstimmig angenommen. Die Commission versprach, den Antrag beim Großherzog zu bevorzugen, der den Antrag auch sofort genehmigte. Die Sitzungen sind bereits aus dem engen Rathhause in das neue Seminargebäude verlegt worden. Der Großherzog wird erkannt haben, daß wir nicht mehr in der Zeit leben, wo der „Entwurf“ geschrieben wurde, sondern in dem für Fürsten und Völker verhängnißvollen Jahre 1848 — in einer Zeit, wo hinter verschlossenen Thüren nichts mehr zu holen ist — in einer Zeit, wo wir in einer Stunde ein halbes Jahrhundert durchleben — wo dem deutschen Volke endlich die Augen aufgegangen sind.

Ueber die Protocolle können wir heute noch nichts berichten, werden dies aber künftig, je nach Bedürfnis, in kürzerer oder längerer Weise thun.

In der Sitzung am Sonnabend war auch der Abgeordnete Schmidt von Oberstein erschienen.

M u s i k.

Freitag, den 28. April, fand das sechste und letzte Abonnement-Quartett des Herrn Concertmeisters Franz statt. — Haben wir bei den früheren dieser Quartettsoiréen schon unsere völlige Befriedigung gefunden, so können wir dieses von dem Schluß derselben noch vielmehr sagen. Das war in der That heute wieder ein so exactes Zusammenspiel, eine solche Feinheit in den Nuancen, ein so richtiges, künstlerisches Eingehen in den Geist der Compositionen, wie man es nur von den tüchtigsten, anerkanntesten Virtuosen zu erwarten berechtigt ist. Ganz besonders müssen wir die Leistung des Herrn Franz (erste Violine) hervorheben, der, namentlich in dem Septett von Beethoven (es-dur), die allerschwierigsten Passagen mit einer wahrhaft künstlerischen Sicherheit und Uebefangtheit zur Ausführung brachte. Möge Herr Franz in dem aufstrebenden, wohlverdienten Beifall des Publikums den Wunsch erkannt haben, auch ferner dergleichen Kunstgenüsse haben zu können und möge Herr Franz sich dadurch bewogen finden, nächsten Herbst wieder ein Abonnement-Quartett zu eröffnen. Wir sind überzeugt, daß alle diejenigen Kunstfreunde, die diese Quartettansführungen besucht haben, mit uns übereinstimmen und denselben Wunsch hegen. —

Wie wir hören, wird das letzte Abonnement-Concert des Herrn Hofkapellmeisters Pott am nächsten Freitag, den 5. Mai, stattfinden und auch in diesem Großes zu Gehör kommen.

Der Beobachter.

Berichtigung. In Nr. 33 in dem Artikel: „Die Berichtigung der Jeveaner“ — lies statt schlimmer — „schlimm“ — und statt Thranen dieser — „Thranendrüsen“.

Einsendungen werden unter der Adresse:

An die Redaction des Beobachters in Oldenburg in der Verlags-Handlung von Gerhard Stalling unfrankirt angenommen.

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Wöchentlich erscheinen zwei Nummern in $\frac{1}{2}$ Bogen. Der Vorausbezahlspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

V. Jahrgang.

Freitag, den 5. Mai 1848.

N^o 36.

Die Deutschen Farben.

Wenn das schwarz-roth-goldene Banner ich seh,
Thut mir's armen Deutschen in der Seele weh!
Und wieder wird mir das Herz so voll —
Ich weiß nicht, ob ich trauern, ob mich freuen soll.

Das Schwarz deutet hin auf die tiefe Traur'
Ob der Deutschen Schmach seit so langer Dau'r.
Im Innern verkümmert, nach Außen verkannt:
O armes zerrissenes Vaterland!

Und blutig roth die Gegenwart dräut;
Ach, wär' sie vorüber die schwere Zeit!
Das Gewitter bringt Segen. Doch im Sturm und
Graus
Geht verloren manche Gaihe, manch' friedlich Haus.

Schauet aufwärts! Durch den glührothen Wolfenflor
Driecht die goldene Sonne der Freiheit hervor.
In Kraft, in Frieden und Einigkeit
Wird Deutschland blühen bis in die fernste Zeit!*)

N. b. Varek.

Heinrich vom Berge.

Nothwendige Reformen im Militairstande.

Die Zeit ist endlich da, wo die Vertreter unsers Landes sich zum ersten Male versammeln, um über das Wohl eines mündig erklärten Volkes zu berathen und Gesetze ins Leben zu rufen, wie sie dem gereiften Geiste desselben würdig sind. Sicher wird es keinen Oldenburger geben, der nicht mit freudiger Spannung diesem Augenblicke entgegen gesehen, einem Zeitpunkte, von dem Großes zu erwarten wir volle Berechtigung haben, dessen Resultate von entscheidendem Einflusse auf das Loos unsrer Zukunft sein werden.

Soll aber der Landtag seine hohe Aufgabe ganz erfüllen, sollen allenthalben die faulen Früchte einer in starren Formen befangenen Vergangenheit mit Stumpf und Stiel ausgerottet und junge, fröhliche Keime dahin verpflanzt werden, wo man bis jetzt den Flügelschlag der neuen Zeit noch nicht empfand oder empfin-

*) Amen, amen, das heißt: ja, ja, es soll also geschehen.
D. Beob.

den wollte, so ist es der Beruf der freien Presse, das Augenmerk unserer Vertreter auf solche Uebelstände zu lenken, welche bis dahin sehr selten angeregt, vielleicht von Wenigen nur gekannt sind.

Als eine abgesonderte Klasse aus längst vergangenen Tagen steht bis jetzt der Militairstand im Staate da, und wird in dieser Lage wahrscheinlich noch längere Zeit bleiben, wenn nicht der einberufene Landtag sich thätig reformirend seiner annimmt. — Welche erfreuliche Umwälzungen auch sonst das ganze sociale Leben erlitten hat, wie auch Alt und Jung niegekannnte Gefühle die Brust durchpulsen und durchglühen, — an ihm ist Alles spurlos vorübergegangen, er hat seinen alten Platz behauptet in der ganzen Abgeschmacktheit und Lächerlichkeit nünftiger Formen.

Deshalb thut hier eine Reform vor Allem Noth, eine Reform aus Grund und Boden. Einzelne Verbesserungen, ein Anlicken hier, ein Abschneiden dort, genügen nicht, führen zu Nichts; denn ein beschmittener Kopf bleibt doch immer ein Kopf, nur daß er vielleicht noch auffallender und lächerlicher wird durch seine Bizarrität und Halbheit.

Gesetze, so lange sie bestehen, müssen aufrecht erhalten werden, sonst führen sie zur Gesetzlosigkeit; deshalb aber gebe man Gesetze, welche der Vernunft und Humanität entsprechen und zwingen nicht durch starres Widerstreben gegen die Forderungen einer mündigen Zeit die Anarchie herbei. Die Grundsätze, von denen das militairische System noch heute geleitet wird, scheinen jenes Bestreben zu haben, so schroff stehen sie den Forderungen der Vernunft gegenüber. Dictatorische Gewalt auf der einen, blindes Unterwerfen auf der andern Seite, sind die Principien, von welchen daselbe ausgeht. Der König aber, welcher unsere Zeit mit siegendem, täglich mehr und mehr sich ausbreitendem Scepter beherrscht, heißt Geld und Intelligenz. Zu seiner Fahne schwört jetzt Alles; triumphirend zieht er durch die Länder, den Eid der Huldigung zu empfangen. Wehe dem, der sich weigert, ihm aus freiem Willen diesen Eid zu leisten, seine Stunde hat geschlagen; denn der Vernichtung ist anheim gefallen, wer nicht gern und freudig dem von ihm allmächtig geschwungenen Banner folgt.